



3. Havelbadetag Big Jump in Schmergow

Am 17. Juli fand in Schmergow der 3. Havelbadetag für den Erhalt der Flusslandschaft statt

Schwimmen in den Flüssen ist wieder möglich geworden. Eine Trendwende ist eingetreten, die Bemühungen zur Abwasserreinigung und Revitalisierung von Fließgewässern seit den 80er und 90er Jahren und modernes Flussmanagement beginnen allmählich Früchte zu tragen. Am Rhein, der Elbe, der Havel und anderswo erreicht die Wassergüte an vielen Stellen inzwischen wieder Badewasserqualität. Die Artenvielfalt steigt und man kann wieder Fische fangen und sie gefahrlos verzehren. Die Rückeroberung der Flüsse durch die Bürger hat begonnen. Rund 1.000 Besucher des Havelbadetages in Schmergow sind der Beleg, dass die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisiert wurde. Etwa 200 Besucher unterschrieben an diesem Tag die "Resolution für naturnahe Flüsse". Am zeitgleich stattfindende Radeln gegen den Havelausbau nahmen 50 Personen teil. Die Tour führte von Potsdam über Ketzin nach Schmergow. Der Ausbau der Havel im Rahmen des Projektes Deutsche Einheit Nr. 17 ist trotz des erheblich zurück gegangenen Schiffsverkehrs bis heute nicht eingestellt worden.

Der Havelbadetag fand zeitgleich mit dem "Big Jump" an vielen Flüssen in Deutschland und Europa statt. Am 17. Juli 2005 wurden an rund 30 Flüssen Badefeste veranstaltet, so



auch in Schönebeck und Dömitz an der Elbe. Mit dieser konzertierten Aktion wurde bei den Menschen in ganz Europa Begeisterung für die Idee geweckt, Flüsse und Bäche wieder zu Lebensadern der Landschaft zu machen. Lebendige Flüsse sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen und zugleich Erholungsraum für den Menschen. Der Förderverein Mittlere Havel e.V. war zum dritten Mal der Veranstalter des Havelbadetages "Big Jump". Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Schmergow, den ansässigen Vereinen und dem Aktionsbündnis gegen den Havelausbau und mit freundlicher Unterstützung der MEAB GmbH und der Werder-Frucht GmbH statt. Das Programm gestalteten das Musiktheater Pampelmuse und die Gruppe "Blechzeit". Desweiteren fanden ein Kinderfest, ein Neptunfest und eine Bademodenschau statt. Zum Abschluss gab es einen Tanz in den Abend.

Der im Juni 2004 gegründete Förderverein "Mittlere Havel e.V." setzt sich für die Entwicklung der Region zwischen Werder und Brandenburg, Ketzin und Lehnin ein. Die Initiative zur Gründung ging vom Kreistag Potsdam-Mittelmark im Rahmen der Agenda 21, bürgerschaftliches Engagement und nachhaltige Entwicklung, aus. Mitglieder sind u. a. private Förderer, die Gemeinde Groß Kreuz (Havel), die Stadt Ketzin, der NABU e.V., der Förderverein Erlebnis Naturdorf Trechwitz e.V., der Tourismusverband Havelland e.V. sowie Gewerbetreibende in der Region.

Chris Rappaport

1. Vorsitzender des Fördervereins Mittlere Havel e.V.

Mitteilung der Geschäftsführung

Liebe Libell-Leserinnen, liebe Libell-Leser,

mit den Sommermonaten kommt für viele von uns die Urlaubszeit, Zeit etwas zu entspannen und neue Kräfte zu sammeln. Wir möchten Euch noch ein wenig an Lektüre mit auf den Weg geben.

Der geplante Erwerb eines Grundstückes im FFH-Gebiet "Lacomaeer Teiche" ist nicht zustande gekommen. Die GRÜNE LIGA hatte beabsichtigt, in dem 1,9 ha großen Gebiet Biotoppflegearbeiten durchzuführen um den hohen Naturschutzwert der Flächen zu erhalten. Der Vorstand hatte für den Flächenerwerb plädiert, um bei den anstehenden Klagen gegen die Zerstörung des Teichgebietes eine rechtlich bessere Position zu erlangen. Eine weitere Klage, die unser Verein bereits geführt hat, konnte nunmehr nach vielen Jahren durch einen Vergleich beendet werden. Der Rechtsstreit vom Juni 2001 um den Vorhabens- und Erschließungsplan zum sogenannten "Güterfelder Bauernmarkt" vor dem Verwaltungsgericht Potsdam, der die Befreiung des 2,5 ha großen Gebietes von den Auflagen des Landschaftsschutzgebietes „Parforceheide“ verhindern sollte, ist durch Klagerücknahme beigelegt worden, nachdem aus dem von uns angegriffenen Bescheid des Landkreises Potsdam-Mittelmark durch die Gemeinde Stahnsdorf keine Rechte mehr abgeleitet werden können und die Gemeinde auf diese verzichtet.

(Fortsetzung auf Seite 2)

INHALT	Seite 3	Seite 5	Seite 6	Seite 7	Seite 10
	Resolution für naturnahe Flüsse	Die schönsten Blüten der Region	Kaffeefahrt mal anders	Bodenlebewesen im Mulchgarten	Imkern Schritt für Schritt

Fortsetzung von Seite 1

Die GRÜNE LIGA Brandenburg hat dem Umweltministerium im Rahmen der diesjährigen Ausschreibung für den Landesumweltspreis den Kirchlichen Umweltkreis Menz, ein Gründungsmitglied unseres Vereins, für seine langjährige Umweltsarbeit – insbesondere die Ausrichtung des alljährlich stattfindenden Umweltsonntages in Menz vorgeschlagen. In diesem Jahr fand der Umweltsonntag mit etwa 80 Teilnehmern bereits zum 19. Mal statt, diesmal mit dem Hauptthema "Grüne Gentechnik".

Ende Juni fand nun auch die Begehung des Berliner Ökomarktes der GRÜNEN LIGA auf dem Kollwitzplatz statt. Insbesondere die Praktikabilität der Verwendung des Regionalgeldes "Berliner" wurde dort geprüft. Mittlerweile gibt es auch die Potsdamer "Havelblüten" und den dazugehörigen Regionalgeld-Verein (siehe Artikel Seite 5).

Am 27. Mai trafen sich zum ersten Mal GRÜNEN LIGA und Vertreter der "Vereinigten Bürgerinitiative Flugplatz Drewitz". Das Land Brandenburg plant hier den Ausbau des ehemaligen Militärflughafens der DDR zu einem internationalen Luftfracht- und Logistikzentrum. Für eine Freihandelszone, dann allein in Verantwortung der amerikanischen Betreibergesellschaft "Erie", hat das Wirtschaftsministerium erst jüngst mit 10 Millionen Euro Landesmitteln gebürgt. Geplant sind täglich 8.310 Flugbewegungen im 24 Stunden Betrieb, die auch Frachtflug vom geplanten Großflughafen Schönefeld – an den das Land selbst nicht mehr glaubt – einschließen. Mit der BI wurde eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Am 13. Juli kam es nun auch zur bereits zweimal angekündigte Sonderfilmvorführung "Lacoma und der Konzern – ein energiepolitisches Gesellschaftsspiel" im Stadthaus am Altmarkt in Cottbus. Der Film entstand in Zusammenarbeit der Tiamat Filmproduktion mit dem Buchbäckerverlag statt. Einen schönen Sommer allen Libell-Lesern!

Norbert Wilke

Neues aus Lacoma

Am 1. Juli 2005 um 9.00 Uhr hat der Lacoma-Verein die letzten beiden von ihm genutzten Höfe an Vattenfall übergeben. So konnte Vattenfall die völlig sinnlose Zerstörung des Ortes vollenden. Wir wehren uns weiter gegen die Politik des Schaffens von Tatsachen und gegen den Einfluss der großen Energiekonzerne in Deutschland. Wir treten für den Erhalt der Lacomaer Teichlandschaft ein! Noch immer ist über die Zukunft der Lacomaer Teiche nicht entschieden. Ein Erhalt des Dorfes bis zu dieser Entscheidung wäre die einzig vernünftige Lösung gewesen!

Die rechtliche Position als Eigentümer der Häuser hat Vattenfall heute nur, weil die früheren Bewohner noch unter dem Druck der DDR-Regierung ihre Höfe verkauft hatten. Selbst das Bergamt hat ganz offensichtlich Probleme damit, die Zerstörung der unersetzlichen Teichlandschaft zu genehmigen, sonst wäre der Bescheid längst fertig. (Das Verfahren läuft seit drei Jahren.) Selbst wenn ein wasserrechtlicher Planfeststellungsbeschluss ergehen sollte, werden Naturschützer und verbliebene Grundeigentümer eine Klage dagegen prüfen.

Danke für ein gelungenes Lacoma-Fest!

Um es noch einmal allen deutlich zu sagen, die nicht kommen konnten: Das Fest war ein voller Erfolg und die Stimmung genial. Es wurden etwa fünfzig Zelte gezählt und an jedem Konzertabend mindestens 250 Gäste. Musikalisch wie kulinarisch waren die Angebote spitze, wenn auch politisch in der aktuellen Situation die Nachdenklichkeit vorherrschen musste. Auch weiterhin gibt es an jedem ersten Sonntag im Monat um 14:00 Uhr die Protestwanderung durch die Lacomaer Teichlandschaft - am 7. Aug., 4. Sept., 2. Okt., 6. Nov. und am 4. Dez. 2005. Die Mitgliederversammlung am 19.6. hat sich leider mit den konkreten Problemen des Auszugs beschäftigen müssen. Freundlicherweise ermöglicht uns das Gemeindehaus der Herrnhuter Brüdergemeinde am Busbahnhof, in dem auch der Eine-Welt-Laden untergebracht ist, die Nutzung seines Briefkastens. Postalisch wird der Verein deshalb ab dem 1. Juli 2005 unter folgender Adresse erreichbar sein: Lacoma e.V., Strasse der Jugend 94, 03046 Cottbus

René Schuster

Spendenaufruf der BI FREIE HEIDE

Am 25. Juli 2004 fand nach der 90. Protestwanderung der Bürgerinitiative FREIE HEIDE auf dem Gelände des ehemaligen Bombodroms in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide eine Begehung und eine Konzertaktion mit den Musikern von „Lebenslaute“ statt. An dieser Aktion beteiligten sich etwa 350 Personen, die von verdutzten etwa zehn Feldjägern ungehindert auf den "militärischen Sicherungsbereich" gelassen wurden.

Im großen Ganzen beobachtete die Bundeswehr die Aktion skeptisch aber zurückhaltend. Allerdings ließen die Feldjäger in den nächsten vier Stunden durch die Polizei die Personalien von acht Teilnehmern aufnehmen, da die Angaben ihnen gegenüber verweigert worden waren. Sechs Wochen später erhielten drei von den acht eine Verwarnung mit Verwarnungsgeld wegen des Verstoßes gegen den § 114 (Betreten militärischer Anlagen) und den § 111 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (Verweigern der Feststellung von Personalien). Zwei Teilnehmer legten Widerspruch ein, sodass das Verfahren beim Amtsgericht Strausberg landete. Der dritte Teilnehmer bekam die Post vom Gericht an die falsche Adresse und konnte so die Frist für eine wirkungsvolle Vertretung gegenüber dem Gericht nicht einhalten. Er zahlte im Nachhinein das Ordnungswidrigkeitsgeld.

Die beiden Aktivisten, die Widerspruch eingelegt hatten, nahmen sich anwaltliche Unterstützung und plädierten vor dem Amtsgericht Strausberg im Frühjahr dieses Jahres auf Einstellung des Verfahrens. Tatsächlich wurde das Verfahren eingestellt. Die Entscheidung wurde vor allem mit der Willkür begründet, die darin lag, dass die Feldjäger oder die Polizei über die gesamte Zeit von drei Stunden nicht dauernd, sondern offenbar nur acht Mal Personalien aufgenommen hatten. Die Ordnungswidrigkeit hatten im Prinzip jedoch alle 350 Teilnehmer begangen.

Die Richterin brachte aber auch zum Ausdruck, dass das umstrittene Gelände, auf dem zurzeit rechtskräftig der militärische Übungsbetrieb untersagt ist, trotzdem als militärisches Gelände einzustufen ist. Insgesamt brachten die Verfahren den Aktivisten der FREIEN HEIDE das erste Mal praktische Erfahrungen über die Rechtsauslegung bei solchen Aktionen zivilen Ungehorsams auf dem umstrittenen Bombodrom. Es zeigte auch beispielhaft, wie erfolgreich Widersprüche und deren konsequentes Vertreten bei diesen Platzbegehungen sind.

Trotz dieser juristischen Erfolge sind auf der Seite der Aktivisten Anwaltskosten von zusammen 1340 Euro entstanden. Wir rufen deshalb zur Unterstützung für die Begleichung der Kosten unserer drei Mitstreiter auf:

Wenn wir z. B. 130 Unterstützer finden, die je 10 Euro beisteuern oder 56, die je 20 Euro überweisen, können wir diese Teilnehmer, die auch durch ihr früheres konsequentes Engagement für die FREIE HEIDE in diese Situation gekommen sind, entlasten.

Etwaige Überschüsse werden wir zweckgebunden als Grundstock für einen Rechthilfefonds benutzen. Denn klar ist gerade jetzt nach der Ablehnung des Gruppenantrages zur zivilen Nutzung der Heide in fünf von sechs Bundestagsausschüssen: Die Bundeswehr wird alles daran setzen, den Platz militärisch auch in Betrieb zu nehmen.

Überweist Euren Betrag bitte auf dieses Konto:
Inhaber: Eckhard Häßler,

Kto-Nr.: 173 160 20 06,
Berliner Volksbank Neuruppin, (BLZ 100 900 00).
Stichwort: PROZESSKOSTENHILFE + Name

BI FREIE HEIDE

Weitere Informationen:

www.freieheide-nb.de/bombennein.html

Presseerklärung der BI FREIE HEIDE:

<http://www.freieheide.de/pm-110205.pdf>

oder per E-Mail: kontakt@freieheide-nb.de

GRÜNE LIGA Brandenburg unterstützt „Resolution für naturnahe Flüsse“

Resolution für naturnahe Flüsse im Elbeinzugsgebiet

Wir, die Unterzeichner, wenden uns an das Bundesverkehrsministerium mit dem dringenden Appell, auf Ausbaumaßnahmen im Elbeinzugsgebiet dauerhaft zu verzichten und die Wasser- und Schifffahrtsdirektion anzuweisen, die Unterhaltung unter ökologischen Gesichtspunkten auf das notwendige Maß zu beschränken. Der Fluss ist auch durch Maßnahmen des Rückbaus vorrangig als Teil der Naturlandschaft und als Bestandteil der Landeskultur zu entwickeln.

1. Was ist das Ergebnis des bisherigen Flussausbaus an Elbe und seinen Nebenflüssen (Moldau, Elster, Saale, Dahme, Spree, Havel)? Bereits vor weit mehr als 50 Jahren wurden im Oberlauf von Labe (Elbe) und Vltava (Moldau) zahlreiche Staustufen im tschechischen Lauf errichtet, wodurch aus einem Fluss fast eine Reihung von Stauseen erzeugt wurde, mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die ursprünglichen Lebensgemeinschaften. Auf deutscher Seite ist die Schifffbarkeit der Elbe durch die Errichtung zahlloser Buhnen gestaltet worden, was mit dem Bau von befestigten Ufern verbunden war, die dem Fluss seine Naturnähe genommen haben. Die Eingriffe setzen sich fort bis zu den Deichanlagen im Mündungsbereich und dem Ausbau des Seehafens in Hamburg. Aber es gibt trotz alledem Flussabschnitte, die auch heute noch als naturnah bewertet werden. Der Ausbau der Nebenflüsse der Elbe ist – soweit sie Bundeswasserstraßen sind – als erheblich einzustufen und zum großen Teil durch Uferbefestigungen, Flussbegradigungen, Durchstiche und den parallelen Bau von Kanälen geprägt. Unser Motto lautet:

Gebt den Flüssen mehr Raum. Die Schiffe sind den Flüssen anzupassen und nicht umgekehrt.

2. Welche Pläne und Projekte sind abzulehnen? Das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ Nr. 17 – der Ausbau von 280 km Wasserweg zur Großschifffahrtsstraße – ist insgesamt abzulehnen. Insbesondere im ökologisch sensiblen Bereich der Mittleren Havel sind umfangreiche Eingriffe in Natur und Landschaft vorgesehen. Auch die aktuellen Planungen zum Sacrow-Paretzer-Kanal sind kritisch zu bewerten die das Wasserstraßenneubauamt weiterhin zielstrebig verfolgt. Ebenso ist das Vorhaben zum Bau eines Saale-Kanals ist weder ökonomisch noch ökologisch vertretbar. Der Rückbau der Unteren Havel zwischen Havelberg und Rathenow muss aufmerksam verfolgt werden, damit dort das entsteht, was in Verbindung mit der Öffnung der Trogrücke im Oktober 2003 konzeptionell festgelegt worden ist. Ökologisch völlig abwegige Projekte wie das eines Donau-Elbe-Oder-Kanalsystems und andere Vorhaben des Transeuropäischen Netzes zum Ausbau europäischer Wasserstraßen sind als ökonomisch und ökologisch unvertretbar abzulehnen. Dazu sollten verbindliche Beschlüsse gefasst werden. Die jüngsten Entscheidungen des Bundesverkehrsministeriums lassen erkennen, dass auf Grund der geringen Finanzdecke der Schleusenausbau in Kleinmachnow in den nächsten Jahren nicht realisierbar ist.

3. Was wird an Maßnahmen akzeptiert, wo sind die Entwicklungspotentiale? Mit dem Elbeseitenkanal steht der Schifffahrt eine leistungsfähige Alternative zur Nutzung bis Magdeburg/Hannover/Berlin zur Verfügung. Nach dem Bau der Kanalbrücke über die Elbe können Großmotorgüterschiffe seit Oktober 2003 direkt den Berliner Westhafen anlaufen, wobei auf noch nicht ertüchtigten oder ausgebauten Streckenabschnitten der Richtungsverkehr auf Grund der geringen Auslastung und der logistischen Möglichkeiten der Steuerung eine zumutbare Lösung darstellt. Statt der prognostizierten Zuwächse führten die im Zuge von Verkehrsprojekt VDE 17 realisierten Ausbaumaßnahmen zu einer Stabilisierung der Transportmengen auf niedrigem Niveau. Oberhalb von

Magdeburg findet Binnenschifffahrt in wesentlich eingeschränkterem Maße statt, als das Ministerium angibt. Nach Recherchen des BUND war von 1999 bis 2003 in jedem Jahr der Wasserstand von 2,00 m Fahrrinntiefe an 177 bis 255 Tagen unterschritten. Aus Sicht von Umweltverbänden liegt der Zweck des Saalekanal-Projektes vorrangig darin, den Ausbaudruck auf die Elbe zu verstärken. Die Elbe weist an nur 276 Tagen im Jahr eine Fahrrinntiefe von 1,40 m und mehr auf und ist damit nicht ganzjährig wirtschaftlich durch die Binnenschifffahrt zu nutzen. Das steht in Widerspruch zur Zusicherung des Bundesverkehrsministeriums, dass an jährlich 345 Tagen eine Wassertiefe von 1,60 m garantiert werden könne. Diese Zusicherung ist fatal, da sie eine der Grundlagen für die Staustufenplanungen an der tschechischen Elbe darstellt.

4. Welche Pläne und Projekte sollen verhindert werden und welche Alternativen sind vorzuschlagen? Auf einigen Bundeswasserstraßen kam die Güterschifffahrt in den vergangenen Jahrzehnten vollständig oder nahezu vollständig zum Erliegen. Die Unterhaltung solcher Wasserstraßen für die touristische Personenschifffahrt und Motorboot-Freizeitkapitäne bzw. ihr Rückbau zu naturnäheren Strukturen gehören in die Verantwortung der Länder. Die Unterzeichner unterstützen das Bundesverkehrsministerium bei dem Bemühen, Bundeswasserstraßen zu entwickeln. Einschlägige Kandidaten dafür sind in Berlin der Müggelsee und der Landwehrkanal; in Brandenburg eine Reihe der märkischen Wasserstraßen wie der Finowkanal; in Sachsen der Elster-Saale-Kanal. Eine mit schweren ökologischen Beeinträchtigungen verbundene Unterhaltung oder gar der Ausbau von Wasserstraßen sind nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie überhaupt nur zulässig, wenn keine umweltverträglicheren verkehrlichen Alternativen gegeben sind. Die Planungen im Gewässerbereich müssen sich zukünftig an den vorgegebenen Schutzziele orientieren.

Wir rufen alle Vereine und Personen dazu auf sich an der Unterzeichnung dieser Resolution zu beteiligen.

*Aktion Fischotterschutz, Argus Potsdam, Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN), BI Müggelsee, BI Teltow, BUND Berlin, BUND LV Brandenburg, BUND KV Potsdam, BUND Golm, B90/DIE GRÜNEN Berlin, B90/DIE GRÜNEN Brandenburg und Potsdam-Mittelmark, Fischereigenossenschaft „Havel“ Brandenburg e.G., Förderverein Buschgraben/Bäketal, Götzer Angelverein, GRÜNE LIGA Berlin, GRÜNE LIGA Brandenburg e.V., Grüne Radler Berlin, IG Pichelswerder Süd, IG Teltowkanal, Jusos LV Brandenburg, Landesanglerverband Brandenburg e.V., NABU LV Brandenburg und Berlin, Naturfreunde LV Brandenburg, PDS Kreistagsfraktion Potsdam-Mittelmark, PDS KV Potsdam, PDS Landesvorstand Brandenburg, PDS Spandau, Potsdamer Seglerverein, SPD Babelsberg, SPD Potsdam Süd, Umkehr e. V., Umweltbeauftragter der evangelischen Kirche in Berlin/Brandenburg, VCD Landesverband Brandenburg

Ansprechpartner: Christian Kurt Schmidt
Hoenerweg 3, 10367 Berlin
Tel.: 0 30/70 72 54 89, FAX: 0 30/81 88 76 14
christian.kurt.schmidt@grueneliga.de



Hornoer Kläger schaltet Ministerpräsidenten Platzeck ein

Die vom brandenburgischen Landesamt für Bergbau (LBGR) enteignete Hornoer Familie Domain gibt auch nach Abweisung ihrer Klage durch das Verwaltungsgericht Cottbus vom 12.05.2005 ihren Widerstand gegen die Zerstörung ihres Wohnhauses und gegen eine Zwangsumsiedlung nicht auf. Bereits Anfang Juni wurden Rechtsmittel im parallel zur Klage anhängigen Eilverfahren eingereicht. Damit soll erreicht werden, dass die ansonsten zum 15.10.2005 wirksame Gestattung des Grundstückszugriffs durch das Bergbauunternehmen Vattenfall Europe Mining bis zur endgültigen gerichtlichen Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Enteignung ausgesetzt wird. Im Klageverfahren der "Hauptsache" steht den Klägern aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtsache (es handelt sich vorliegend um den Präzedenzfall der ersten Enteignung eines Wohnhauses für einen Braunkohlentagebau) sowohl die Berufung zum Oberverwaltungsgericht für das Land Brandenburg (gegenwärtig noch in Frankfurt/Oder) als auch die Revision zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zu. Das Verwaltungsgericht Cottbus hatte beide Rechtsmittel im Zuge seines Urteils vom 12.05.2005 zugelassen.

Die Hornoer Kläger begehren den Gang direkt vor das Bundesverwaltungsgericht anzutreten, da die begehrte endgültige Klärung der offenen Rechtsfragen auf diesem Wege erheblich schneller erreicht werden kann. Ein dem Revisionsverfahren vorhergehendes Berufungsverfahren bei dem – gegenwärtig im Umzug nach Berlin befindlichen – Oberverwaltungsgericht würde viele Monate zusätzlicher Verfahrenszeit bedeuten.

Allerdings benötigen die Kläger für das "Überspringen" der Berufungsinstanz der Zustimmung des beklagten Landesamtes für Bergbau (LBGR) in Cottbus. Um diese Zustimmung ersuchten die Kläger unmittelbar nach Erhalt der Urteilsbegründung mit Schreiben vom 01.06.2005. Auf eine abschlägige erste Stellungnahme des Landesamtes, in welchem dieses mitteilte die Durchführung des Berufungsverfahrens für "sachgerechter" zu erachten, wiederholten die Kläger ihr Begehren um Zustimmung zur "Sprungrevision". Dabei verwiesen Sie insbesondere darauf, dass dem Landesbergamt durch das Überspringen der Berufungsinstanz keinerlei Nachteile entstehen und die andernfalls viel länger Verfahrenslaufzeit allen Beteiligten erheblichem Druck und Schwierigkeiten aussetzen wird.

Insbesondere dann, wenn die Kläger zwischenzeitlich im Eilverfahren betreffend den Grundstückszugriff zum 15.10.2005 obliegen sollten, wird diese längere Verfahrenslaufzeit in besonderem Maße zu Lasten von Vattenfall und des LBGR gehen. Die Kläger erwarten im übrigen, dass ihre Entscheidung der Bevorzugung der unmittelbaren Revision gegenüber einer vorhergehenden Berufung vom Land Brandenburg bzw. dem dieses vertretenden Landesbergamt doch noch akzeptiert wird und man dort nicht die – fruchtlose – Taktik verfolgt, die Kläger durch die Bereitung von Erschwernissen bei der Rechtsverfolgung zum Einlenken hinsichtlich einer Umsiedlung zu bringen. Nachdem die Frist zur Einreichung des Rechtsmittels – also der Revision oder der Berufung – in der kommenden Woche abläuft, haben die Kläger nunmehr Ministerpräsidenten Platzeck und das Wirtschaftsministerium als das dem Landesbergamt vorstehende Behörde eingeschaltet und darum gebeten, durch Einwirkung auf das LBGR dafür zu sorgen, dass der Weg zur unmittelbaren Anrufung des BVerwG frei gemacht wird.

β RA Dirk Teßmer

Spendenkonto für Horno!!!

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.
VR-Bank Lausitz
BLZ: 180 626 78
Kontonummer: 1000 55 000

Castor-Transport fährt ohne Licht über schmalen Feldweg!

Mehrere Hundert Menschen blockieren Atommüll-Lager 3000 Menschen demonstrierten in Ahaus

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Ahaus, Ahaus, 15. Juni 2005: Mit Wut und Empörung reagierten mehrere hundert Atomkraftgegner in Ahaus auf die äußerst leichtsinnige Entscheidung der Polizei, den Castor-Transport im Dunkeln ohne Licht über einen schmalen Feldweg fahren zu lassen. Der Feldweg führt ohne Randstreifen zum behelfsmäßigen Hintereingang des Atommüll-Lagers Ahaus. Dieses völlig unnötige Risiko hätte leicht in einem schweren Unfall enden können, wenn einer der Castor-LKWs in den Feldgraben gerutscht wäre. Nach Angaben der Polizei waren die Proteste vor dem Zwischenlager so groß, dass man lieber diese ungenehmigte Ausweichroute fuhr.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen werten die Proteste der letzten Wochen als vollen Erfolg. Sowohl in Dresden wie auch an vielen Orten in Thüringen und Hessen protestierten Menschen gegen die Castor-Konvois. In Ahaus steigerte sich der Protest von Woche zu Woche deutlich. Waren beim letzten Sonntagsspaziergang vor dem ersten Castor-Konvoi nur 200 Menschen auf der Straße, so demonstrierten am 14. Juni rund 3.000 Atomkraftgegner in Ahaus. BI-Sprecher Felix Ruwe: "Wir sind sehr überrascht, wie viele Menschen auf der Straße waren. Das politische Zeichen der Proteste lautet: Es darf keinen weiteren Atommülltransport nach Ahaus geben. Und es darf keine Urantransporte durch Ahaus nach Gronau geben. Die Menschen leisten massiven Widerstand gegen diesen unverantwortlichen Atommülltourismus. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Menschen in Ahaus und dem Münsterland den sofortigen Atomausstieg wollen. Das ermutigt uns für den weiteren Widerstand."

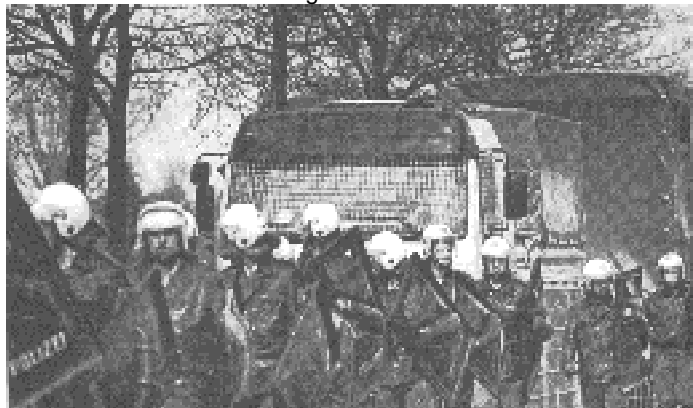
Anti-Atom-Widerstand im Münsterland mit neuer Dynamik

Besonders beeindruckend waren für die BI zwei Dinge: Zum einen haben die sächsischen Anti-Atom-Initiativen entschieden gegen die Abfahrt der Castoren aus Dresden protestiert. Es war von Anfang an klar, dass die Anti-Atom-Bewegung gegen jede Art von Atommülltourismus protestiert, denn jeder Atomtransport ist einer zuviel.

Zum anderen war die soziale Zusammensetzung der Atomkraftgegner in Ahaus sehr breit gestreut. Von Schülern über Studierende bis zu Rentnern; von Landwirten über die Katholischen Frauen Deutschlands bis zu vielen Menschen, die zum ersten Mal auf einer Demonstration waren der Widerstand in Ahaus und dem Münsterland ist breit in der Gesellschaft verankert und hat eine spürbare positive Dynamik erhalten.

Tief enttäuscht ist die Bürgerinitiative von führenden Politikern aller Parteien. Die Landesregierungen und die Bundesregierung sind einem Dialog mit der Bevölkerung von Anfang an aus dem Weg gegangen. Stattdessen wurden Sicherheitsanfragen nicht beantwortet, Gesprächsangebote ausgeschlagen oder zynische Kommentare verfasst. Dieses Fehlverhalten ist für eine demokratische Gesellschaft nicht hinnehmbar.

β Bürgerinitiative Ahaus/www.bi-ahaus.de



Ein halbes Jahr BERLINER-Wertgutscheine – kleine Zwischenbilanz

Als am 3. Februar der BERLINER am Kollwitzplatz im Prenzlauer Berg eingeführt wurde, war das Medienecho groß. Inzwischen ist die Regionalwährung im Alltag angekommen. Bei 90 Gewerbetreibenden und Freiberuflern kann man momentan mit BERLINERn bezahlen. Die Angebotspalette reicht dabei vom Bio-Food über anwaltliche Vertretung bis zu Live-Musik. Etwa 10.000 BERLINER zirkulieren zur Zeit in der Stadt, insgesamt wurden in den letzten Monaten 14.000 herausgegeben. Ein Kreis von 15 Aktiven leistet ehrenamtlich die notwendige Arbeit. Dazu gehört die Besetzung des Büros, die Betreuung des Ökomarkt-Standes an jedem Donnerstag, zahlreiche Gespräche mit Gewerbetreibenden und die Durchführung von Informationsveranstaltungen. Demokratische Entscheidungsstrukturen und Transparenz sind ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Teams, das auch Herausforderungen wie das Internationale Deutsche Turnfest im Mai oder das Umweltfestival am 5. Juni mit Bravour bewältigte.

Von Anfang an war die Initiative in das deutschlandweite Regio-Netzwerk eingebunden. Inzwischen haben Berliner und Potsdamer Regio-AktivistInnen darüber hinaus gemeinsam RIO, die Regio-Initiative Ost, ins Leben gerufen. An der ersten RIO-Konferenz Anfang Juni in Petzow bei Potsdam nahmen fast 40 TeilnehmerInnen aus den neuen Bundesländern und aus dem Wendland teil, letztere auf ausdrücklichen Wunsch, weil die dortigen Probleme ähnlich wie im Osten gelagert sind. Auf dem Treffen in Form eines "Open Space" wurden neben Erfahrungsaustausch und Möglichkeiten der Kooperation auch innovative Ansätze wie Energiegutscheine als Regio-Währung thematisiert.

Die Homepage www.berliner-regional.de als wichtiges Kommunikationsmittel wurde inzwischen überarbeitet und erweitert. 120 bis 250 Besucher informieren sich pro Tag auf diesen Seiten. Seit dem 25. Juni können nun täglich außer Sonntag von 10 bis 20 Uhr Euros in BERLINER eingetauscht werden. Ein Geschäft am Kollwitzplatz übernahm neben seinem gewerblichen Angebot auch die Funktion einer Ausgabestelle. Damit ist der erste Schritt zur stadtweiten Ausbreitung des BERLINER getan. Mittelfristig soll ein flächendeckendes Netz solcher "externen" Ausgabestellen dafür sorgen, dass alle Berliner ihre BERLINER in Wohnortnähe erwerben – und natürlich auch ausgeben – können. Das nennt man dann: in der Normalität ankommen.

Gerhard Bächer

BERLINER Regional
c/o Grüne Liga Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin

www.berliner-regional.de Tel.: 030 - 44 33 91-0

Bürozeiten:
Dienstag, Mittwoch 14-17.30 Uhr
Donnerstags von 12-19 Uhr auf dem Ökomarkt Kollwitzplatz

Carina Heinze mit ihren Entwürfen der „Havelblüten“



Die schönsten Blüten der Region

Nun ist es endlich soweit, die Entscheidung ist gefallen! Das Regionalgeld für Potsdam und Umgebung wird die „Havelblüte“ sein. Sieben hervorragende Gestaltungsentwürfe standen zur Auswahl, die von DesignstudentInnen an der FH Potsdam unter Leitung von Frau Prof. Betina Müller innerhalb des Sommersemesters gestaltet wurden. Am 6.07.05 wurde in der Potsdamer Fachhochschule der Entwurf von Carina Hinze zum Sieger gekürt. Als Motiv zeigen die „Havelblüten“ die Blüten (siehe Foto) fünf typischer Brandenburger Nutzpflanzen: Kartoffel, Gurke, Apfel, Spargel und Kirsche. Der regionale Bezug ist dadurch auf den ersten Blick erkennbar. Die filigrane und aufwendig gestaltete Grafik zeugt von hohem künstlerischem Anspruch. Die liebevolle Gestaltung der dargestellten Blüten wirkt zudem wie eine Liebeserklärung an die Region, von der sich hoffentlich viele Brandenburger anstecken lassen. Besonderes Augenmerk bei der Entwicklung des Wertgutscheins wurde aber auch auf die Einbeziehung von bestimmten Sicherheitsmerkmalen gelegt, die ein Kopieren der neuen „Blüte“ deutlich erschweren.

Mitmachen angesagt!

Nun ist es auch an Ihnen, liebe Mitmenschen aus der Region, denn jetzt geht es um die konkrete Umsetzung! Ziel ist die Ausgabe der Scheine noch im Herbst dieses Jahres. Beste Grundlage für einen Erfolg ist die zahlreiche Teilnahme der in der Region wirtschaftlich Aktiven. Erzählen Sie Ihren Arbeitskollegen von den „Havelblüten“, fragen Sie Ihren Gemüsehändler oder Ihren Friseur, ob er schon davon gehört hat, und ermuntern Sie ihn, seine Interessenerklärung abzugeben. Wenn Sie eine selbständige Tätigkeit ausüben oder ein Unternehmen führen, informieren Sie sich über das Konzept, und überlegen Sie, wie sie die „Havelblüten“ für sich nutzen können.

Interessenerklärung und Konzept

Unternehmen, ob öffentlich oder privat, Selbstständige, Händler und sonstige Gewerbetreibende, ihre Verbände und Interessenvertreter sind aufgerufen, ihre Interessenerklärung abzugeben. Ebenso bitten wir Vertreter der Kommunen und der Landesregierung, unser Konzept zu prüfen und nach Möglichkeit zu unterstützen. Sobald sich 75 potentielle Teilnehmer für das Projekt gemeldet haben, wird der Startschuss für die Ausgabe der Wertgutscheine fallen. Bisher haben ca. 15 Unternehmen, Selbstständige und Institutionen ihre Beteiligung zugesagt, unter ihnen befindet sich z.B. das in Babelsberg gelegene Thalia Kino und das dazugehörige Cafe „Konsum“. Bringen Sie Brandenburg mit uns zum Blühen!

Der Verein

Die derzeitigen Aktivitäten werden von einer Arbeitsgruppe in ehrenamtlichem Engagement geleistet. Am 31.05.2005 wurde ein rechtsfähiger Verein gegründet, in dem sich die aktiven Teilnehmenden organisieren. Es gibt viel zu tun! Wer selbst aktiv werden möchte, ist herzlich jeden Dienstag 18.30 Uhr in den Eine-Welt-Laden MADIA, Lindenstrasse 47, in Potsdam eingeladen. Die Vereinsatzung steht im Downloadbereich unserer Homepage zur Verfügung. Das Potsdamer Regionalgeldprojekt ist Mitglied im deutschlandweiten Regionalnetzwerk und verpflichtet sich daher zur Einhaltung der hier geltenden Qualitätsstandards!

Kooperationspartner

Für das Sommersemester 2005 wurde eine Kooperation mit der FH Potsdam/Fachbereich Design vereinbart. Studierende des Kurses Multimedia/AV unter der Leitung von Herrn Prof. Klaus Dufke arbeiteten konzeptionell und gestalterisch an der Entwicklung eines neuen TV-Formats (mehrteilige Fernsehsendung) im Genre eines Wirtschafts- u. Regionalmagazins zum Thema Regionalgeld. Auch die GRÜNE LIGA Brandenburg unterstützt das Vorhaben, das mittel- und langfristig eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Wirtschaftsförderung für die Region verspricht. Regioverein i.G./www.potsdamer-regional.de

Kaffeeahrt mal anders

Berlin, 14.06.2005: Lamadecken und Kochtöpfe, die selbst kochen, gab es nicht für die TeilnehmerInnen der Busfahrt des Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik. Dafür gab es Felder zu bestaunen, auf denen im April gentechnisch veränderter Mais ausgebracht wurde. Seit diesem Jahr dürfen erstmals gentechnisch veränderte Pflanzen kommerziell in der BRD angebaut werden. Hierbei handelt es sich bisher um den Genmais BT810 der Firma Monsanto. Dieser Mais bildet ein Gift, das den Maiszünsler, einen Maisschädling, tötet. Die Bedenken gegen diesen Anbau richten sich zunächst gegen die gefährlichen Nebenwirkungen in Deutschland. Sowohl Tiere wie auch andere Pflanzen können unkalkulierbar betroffen sein. „Sicherheitsstudien“ bestärken eher Unsicherheiten. Außerdem: Es existieren weniger gefährliche Methoden, den Futtermais zu schützen.

In Brandenburg wird ca. 1/3 der Gesamtanbaumenge von Genmais angebaut. Grund genug für uns, das mal genauer anzuschauen. Mit 35 Leuten war der Bus gut gefüllt, als er gegen 12.00 Uhr am Ostbahnhof in Berlin los fuhr.

Erste Station war Hohenstein. Hier wird der Genmais innerhalb des Vogelschutzgebietes Märkische-Schweiz angebaut. Befürchtungen bestehen, dass das BT-Gift über Insekten auch die Vögel schädigt. Starke Proteste und die Ablehnung vor Ort hielten Bauer Piprek nicht davon ab, trotzdem auszusehen.

Nach einem kurzen Stopp ging es weiter nach Neurant, wo die Agrarprodukte Altreetz e.G trotz mehrmaligem Bekunden, keinen Genmais zu säen, nun doch Genmais anbaut. Auch hier soll die ständige Anreicherung des BT-Giftes im Boden angeblich kein Problem sein. Die Maispflanze produziert selbstständig in ihrem ganzen Leben das Gift, welches den Maiszünsler töten soll. Danach ging es zu Kaffee und Kuchen in den Landgasthof Wilhelmsaue. Hier erwarteten uns nicht die oben erwähnten Decken und Töpfe, sondern Bürger die sich über die Polizeipräsenz an bestimmten Feldern wunderten. Wir nutzten den Stopp, um sie aufzuklären, was da bewacht wird.

Letzte Station war Neutrebbin. Hier ist die TIBO Landwirtschafts GmbH Neutrebbin dafür verantwortlich, dass der Genmais im Boden ist. Genmais ist äußerlich von konventionellen Mais nicht zu unterscheiden. Um nachzuweisen, dass es sich um Genmais handelt, kann man einen Schnelltest machen, der vor Ort durchgeführt wurde. Unsere Anwesenheit wurde argwöhnisch durch Verantwortliche der TIBO beäugt.

Infodienst des „Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg“

Fotos und Video demnächst unter <http://www.dosto.de/gengruppe>

Geht es nach den Plänen einiger Gentechniker, gehören solche Felder – Klatschmohn im Getreide – bald der Vergangenheit an.



Genfelder gekennzeichnet

Im Rahmen der Aktionswoche gegen Gentechnik vom 16. bis zum 22. Mai haben mehrere Gruppen einen Teil der Genfelder Brandenburgs gekennzeichnet. Es wurden Schilder mit dem Warnhinweis „Vorsicht Gentechnik!“ oder „Vorsicht Genmais!“ mit dem Zeichen für biologische Gefahr aufgestellt. Die Schilder wurden von den LandwirtInnen bzw. den WissenschaftlerInnen schnell wieder entfernt. Eine eigene Kennzeichnung haben die GentechnikbetreiberInnen nicht vorgesehen. Ziel der Aktion war es, die Felder in den Blick der Öffentlichkeit zu bringen. So wird die Diskussion über den Anbau genmanipulierter Pflanzen konkreter. Fotos und Karten der gekennzeichneten Felder werden demnächst auf der website des „Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik“ (<http://www.dosto.de/gengruppe/>) veröffentlicht. Auch wenn die Flurstücke der Felder im Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz öffentlich einsehbar sind, so bleibt doch noch ein großer zeitlicher und organisatorischer Aufwand, um die Felder aufzufinden. Das Standortregister sollte deshalb mit genauem Kartenmaterial ergänzt werden, so dass jede und jeder die genaue Lage der Felder einsehen kann. Während der Aktionen konnten einige interessante Beobachtungen gemacht werden. So befinden sich in der Nähe der Genmaissfelder in Neutrebbin und Gusow Felder mit konventionellem Mais. Hier ist eine Auskreuzung äußerst wahrscheinlich. In Gusow sind noch die Maisstoppeln aus dem letzten Jahr sichtbar. Dadurch wird deutlich, dass die dortigen Genfeldbetreiber weder eine Fruchtfolge einhalten, noch das Feld umgeflügt haben. Das wären die einfachsten und effektivsten Mittel gegen den Maiszünsler, gegen dessen Befall der genmanipulierte Mais schützen soll. Die bisher noch nicht gekennzeichneten Felder werden in den nächsten Wochen mit Schildern dekoriert und im Internet dokumentiert. Quelle: Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik, 20. 05. 2005 fotos: <http://de.indymedia.org/2005/05/117306.shtml>

Die Europäische Bildungsstätte für Lehm- und Ziegelbau in Ganzlin (Südmecklenburg) hat noch Plätze in folgenden Seminaren frei:

Lehmputze für Einsteiger/innen

Fr, 12.08.05, 17 Uhr - So, 14.08.05

Eine Einführung in die vielseitigen Möglichkeiten, mit Lehm zu verputzen: Die Anwendung von Lehmputzen im Alt- und Neubau, Putzuntergründe und ihre Vorbereitung, Putzmischungen, Ausgangsmaterialien, Produkte, baubiologische und ästhetische Qualitäten Vorbereitung von Untergründen Herstellung und Vergleich verschiedener Mischungen und Ausführung von Unter- und Oberputzen an Wand und Decke, Herstellung von Musterplatten mit farbigen Lehmfein- und Lehmedelputzen und Besuch im Lehm-museum Gnevsdorf

Gestalten von Lehmoberflächen

Fr, 19.08.05, 17 Uhr - So, 21.08.05, 16 Uhr

Lehm und Ton haben Menschen zu allen Zeiten angeregt zu gestalten. Dieser Kurs versteht sich als freie Werkstatt, das Material Lehm zu erkunden als Werkstoff, mit dem Wände gestaltet werden können. Reise durch verschiedene Kulturen und ihre Lehmputztraditionen, Überblick über Themen der Raum-, Wand- und Farbgestaltung, Gestalten mit Putzflächen durch Farbigeit, Texturen, Strukturierungen Plastische Gestaltungstechniken (Sgraffito, modellieren, Reliefstrukturen, Kombination mit anderen Materialien).

In beiden Seminaren lernen die TeilnehmerInnen einzelne Techniken und haben Raum für freies Gestalten und Experimentieren. Die zweitägigen Seminare finden in den Werkstatträumen des FAL e.V. in Ganzlin statt. Im Seminarpreis von 240 EUR sind Unterkunft, Verpflegung, Materialkosten und ein Lehrgangsskript enthalten. **Dozentin:** Irmela Fromme

Infos und Anmeldeformulare finden Sie unter www.fal-ev.de
Uta Herz

Tel: 030 4422910, FAL e.V. - Am Bahnhof 2, 19395 Ganzlin

Studie zu Bodenlebewesen im Mulchgarten

Mit großer Beweiskraft wurde auf 1 m^2 in 20 cm Bodentiefe die Vielfalt und Anzahl aller Bodentiere erfasst, die man mit dem bloßen Auge noch sehen und registrieren kann. Es ist uns nicht bekannt, dass die Aufsehen erregenden Zahlen, die wir in diesem Beitrag bringen, schon einmal in dieser Weise veröffentlicht worden sind. Natürlich hat man heute mit den modernsten Mikroskopen die Möglichkeit, aller kleinste Bodenmengen zu untersuchen, so dass dadurch ganz besondere Ergebnisse erzielt werden können. Doch das ist für den Laien schwer nachvollziehbar und bei weitem nicht so anschaulich, als wenn man die Fläche auf 1 m^2 begrenzt und nur die sichtbaren Bodentiere erfasst. Wie wir im Detail vorgegangen sind, soll dieser Beitrag verdeutlichen, damit jeder Gartenfreund oder Landwirt das auf seinem eigenen Gelände überprüfen kann. Mit spezielle Anfragen kann man sich direkt an die Autoren wenden.

Wir haben schon mehrere Jahre lang Untersuchungen durchgeführt, aber erst von März bis Mai 2004 – drei Monate lang – viel genauer und viel intensiver. Über die erzielten Ergebnisse berichtet nun Daniel Fischer, der als Student des Fachbereiches "Landschaftsnutzung und Naturschutz" an der Fachhochschule Eberswalde in seinem 6. Semester ein Praktikum in dem bekannten Freienwalder Mulchgarten durchgeführt hat:

Insgesamt habe ich vier Mal den Boden in dieser naturnah geprägten Gartenanlage von Kurt Kretschmann untersucht. Dabei ergab sich bei der letzten Kontrolle, dass der Regenwurm in einer bisher noch nicht nachgewiesenen Anzahl festgestellt werden konnte. Hierbei handelte es sich zunächst um fünf verschiedene Regenwurmarten, wobei ich noch die 6. Art, den "Köcherwurm", hinzufand.

Die einzelnen Arten werden hier nicht näher beschrieben, weil das den Leser überfordern könnte. Wir geben nur das Gesamtergebnis bekannt. Den großen Tauwurm konnte ich nicht vorfinden, weil er auf die kleinsten Erschütterungen reagiert, die durch unsere Fortbewegung auf dem Boden entstehen. Als Folge dessen zieht er sich rasch in tiefere Erdschichten zurück.

Die Untersuchung geschieht auf die folgende Art und Weise: In einem Holzkasten entnehmen wir immer gleichmäßig viel Boden. Seine Höhe, Breite und Tiefe beträgt jeweils 20 cm. Das ist das $\frac{1}{25}$ eines Quadratmeters, so daß die ermittelten Ergebnisse später mit der Zahl 25 multipliziert werden müssen, um die Zahlen auf einen Quadratmeter Boden in 20 cm Tiefe zu übertragen.

Auf einem sandigen, landwirtschaftlich bearbeiteten Boden eines Bauern in der Nähe von Bad Freienwalde, auf dem überwiegend Kartoffeln und Sonnenblumen angebaut werden, habe ich am 12. April lediglich zwei Regenwürmer finden können. Umgerechnet sind das also 50 Regenwürmer auf 1 m^2 bis zu einer Bodentiefe von 20 cm. Nur drei Tage später fand ich in der Mulchschicht und in dem Boden des Freienwalder Mulchgartens insgesamt 52 Regenwürmer. Das 25-fache davon, für 1 m^2 berechnet, sind also 1.300 Individuen. Der Vergleich war für uns eine große Überraschung, denn im Mulchgarten konnten 26 Mal mehr Regenwürmer ermittelt werden als in der konventionellen Landwirtschaft, die mit Düngemitteln und Giften arbeitet, die im Mulchgarten streng verboten sind.

Dass sich dies auf die Erzeugnisse auswirkt, die da konventionell produziert werden, wird niemand bestreiten wollen. Für die Leistungsfähigkeit, das körperliche Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen, die sich von solchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen täglich ernähren, kann das nicht günstig sein.

Bei einer weiteren Bodenuntersuchung am 14. Mai, die auf einem anderen landwirtschaftlichen Standort im Oderbruch vorgenommen wurde, konnte ich drei Regenwürmer, das sind umgerechnet 75 Tiere pro m^2 , erfassen. Verglichen zur ersten Untersuchung ist dies nur eine geringfügige Verbesserung.

Bei der 4. Untersuchung im Mulchgarten von Kurt Kretschmann habe ich dann am 24. Mai 2004 116 Regenwürmer feststellen können. Das ergab die gewaltige Anzahl von 2.900 Regenwür-

mern pro m^2 . Wir waren über dieses Ergebnis sehr überrascht, da die Zahl der Regenwürmer so sprunghaft angestiegen war. Wir können nur vermuten, daß diese Entwicklung mit der Feuchtigkeit im Boden zusammenhängt. Seit mehreren Tagen war es damals nicht besonders warm und trocken. Oft hat es zwischen durch geregnet, so daß der Boden gut durchfeuchtet war und die Regenwürmer von tieferen Erdschichten nach oben kamen. Anders können wir uns den neuen, ungewöhnlichen Rekord nicht erklären. Diese Ermittlung spricht trotz unserer Vermutungen eindeutig und unmißverständlich für die hervorragenden Vorteile der Mulchmethode. Nun handelt es sich ja bei diesen Untersuchungen um erste Anfangsergebnisse. Doch alle Untersuchungen, die wir im Frühjahr 2004 unternommen hatten, zeigen das gleiche Bild.

Es ist eine Tatsache, dass die landwirtschaftlichen Gebiete in Deutschland und auf internationaler Ebene, wofür uns erste Beweise vorliegen, sich grundsätzlich von den Böden unterscheiden, die nach den Gesetzen der Natur bewirtschaftet werden. Es ist anzunehmen, dass nun nach Veröffentlichung unserer Angaben ein viel besseres Wissen über die Zusammenhänge im Bodenleben entsteht, und dass dies auch zu den entsprechenden Konsequenzen führen wird.

Auf die hier genannten Ergebnisse muß eine Antwort gefunden werden. Und wir schließen ab, indem wir noch einmal wiederholen: Nur das Mulchen trägt zu einer solchen großartigen, neuen und beeindruckenden Entwicklung bei, die noch ungeahnte Perspektiven für gesunde Nahrung, gesunde Menschen und eine gesunde Umwelt bietet.

Kurt Kretschmann und Daniel Fischer

Kontakt: Haus der Naturpflege, Dr. Max-Kienitz-Weg 2,
16259 Bad Freienwalde, Tel. 03344-3582,
www.haus-der-naturpflege.de



Die Prüfung von Alternativen, der Schutz gegen Fluglärm und der Schutz der Ressourcen

Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Brandenburg vom 10. Februar 2005 – 3D 104/03.NE-

(1) Der Sachverhalt

Der auf der Grundlage des Landesplanungsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg durch die gemeinsame Landesplanungsabteilung aufgestellte und in beiden Ländern als Rechtsverordnung erlassene Landschaftspflegerische Entwicklungsplan Flughafen Schönefeld (LEP FS) bestimmt u.a., dass der Flughafen Berlin-Schönefeld zur Deckung des nationalen und internationalen Luftverkehrsbedarfes der Länder Berlin und Brandenburg weiter zu entwickeln ist.

Darüber hinaus bestimmt er, dass die Flughafenfläche von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten ist, und legt zur Gewährleistung der Standortsicherung unterschiedliche Planungszonen fest, in denen keine Vorhaben geplant werden dürfen, die die Hindernisfreiheit des Flugbetriebes beeinträchtigen können bzw. in denen neue Flächen und Gebiete für Wohnnutzungen oder besonders lärmschutzbedürftige Einrichtungen nicht oder nur unter im Einzelnen geregelten Voraussetzungen geplant werden dürfen. Ferner wird die Freihaltung von Trassen und Korridoren für die bedarfsgerechte Verkehrsanbindung des Flughafens gesichert.

(2) Die Gerichtsentscheidung

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat den Normenkontrollantrag als begründet angesehen und den Landesentwicklungsplan für unwirksam erklärt, weil dieser seiner Auffassung nach unter Verstoß gegen Anforderungen höherrangigen Rechts zustande gekommen ist. Zur Begründung im Einzelnen:

(1) Die in dem gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg mit Gesetzesrang verankerten Leitbilder bzw. Grundsätze der Raumordnung stehen einem Standort Schönefeld zwar nicht zwingend entgegen. Das OVG hat nicht entschieden, dass dieser Flughafenstandort aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist. Jedoch sei die Abwägung, die der in dem Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung getroffenen Entscheidung für diesen Standort zugrunde liege, schon deshalb nicht ausreichend gewesen, weil der Plangeber dabei zwei gesetzlich begründeten Grundsätzen keine ausreichende Beachtung habe zukommen lassen. Dies betreffe

- den Grundsatz des mit Priorität zu schützenden Frei- raums im engeren Verflechtungsraum und
- das nicht allein im Bundes-Immissionschutzgesetz (§ 50), sondern auch im gemeinsamen Landesent- wicklungsprogramm als gesetzliche Abwägungsdirektive enthaltene Gebot der Trennung insbesondere lärm- erzeugender Nutzungen von lärmempfindlichen Nut- zungen.

(2) Die der Bestimmung des Standortes Schönefeld zugrunde lie- gende Abwägung war nach Auffassung des OVG auch deshalb nicht ausreichend, weil der Plan geber die Zahl der im Umfeld eines internationalen Flughafens Berlin-Schönefeld sowie die Zahl der im Umfeld eines weniger stadtnahen Standortes durch Flug- lärm betroffenen Anwohner noch nicht einmal in gröberer Annä- herung ermittelt hat. Dies wäre nicht erst im Planfeststellungs- verfahren, sondern auch bereits bei der Aufstellung dieses Raumordnungsplanes, und zwar sogar schon im Rahmen einer Grobanalyse von Alternativen, erforderlich gewesen.

(3) Schließlich wurde die Abwägung deshalb beanstandet, weil darin überhaupt die Belange des Lärmschutzes nicht mit dem ih- nen nach den verfassungsrechtlichen Wertungen zukommenden hohen Gewicht eingeflossen seien. Ungeachtet des bedeutenden Gewichts der für einen stadtnahen Standort sprechenden Be- lange hätte diesen Belangen nicht die geringe Beachtung ge- schenkt werden dürfen, die ihnen angesichts anderer Belange tatsächlich nur zugebilligt worden sei. Das OVG hat die Revision gegen das Urteil nicht zugelassen. Die Nichtzulassung der Revi-

sion kann durch Beschwerde angefochten werden.

(3) Die Wirkung für die Ausbauplanung des Frankfurter Flug- hafens

Das Instrument des Landesentwicklungsplanes (LEP) ist geschaf- fen worden, um Vorgaben für eine großräumige Ordnung und Ent- wicklung eines Landes und seiner Regionen zu entwickeln. Die- se Vorgaben sind bei allen Maßnahmen und Planungen einschließ- lich der Regionalplanung zu beachten, die auf die Gesamt- entwicklung eines Landes Einfluß nehmen. Dabei gilt der Grund- satz, dass der LEP die Entscheidungsspielräume der Regionen nicht stärker einschränken darf als dies zur Umsetzung von über- regional bedeutsamen Vorgaben erforderlich ist. Auch weil die Standortauswahl für Trassen und Standorte des Verkehrs planerisch höchst anspruchsvoll und risikoreich ist, hat sich die Landesentwicklungsplanung dabei in der Vergangenheit Zurück- haltung auferlegt und dies den Raumordnungsverfahren überlas- sen. Mit diesem Instrument der Landesentwicklungsplanung ver- sucht auch die hessische Landesregierung, die konfliktreichen Planungen für den Neubau/Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden, aber sicher bald auch Bundesfernstraßen- und Eisenbahnplanungen, gegen den Willen der in den regionalen Planungsversammlungen dominierenden betroffenen und daher widerstrebenden Städte und Gemeinden durchzusetzen.

Mit einem für den Maßstab eines ganzen Bundesland geschaffe- nen Instrument soll nun eine komplexe Planung im Maßstab ei- nes gemeindlichen Flächennutzungsplanes übers Knie gebrochen werden. Zur Legitimation der mit der Planung verbundenen Las- ten und zur Verkürzung des Rechtsschutzes soll der Landtag den LEP als Gesetz verabschieden. Rechtsschutz dagegen gewährt nur der Staatsgerichtshof, dessen Mitglieder politisch hand- verlesen und dessen Entscheidungen seit dem Urteil zum Volks- begehren abschätzbar sind. Bei der so veränderten Landes- entwicklungsplanung müssen aber so anspruchsvolle Aufgaben wie die Standortauswahl für einen Flughafen, die Prüfung von Standortalternativen, der Schutz der nicht erneuerbaren Ressour- cen wie dem Freiraum, das Gebot der Trennung insbesondere lärm- erzeugender Nutzungen (Flughafen und An- sowie Abflug- routen) von lärmempfindlichen Nutzungen wie dem Wohnen und kreativen Arbeiten der Schutz der Wohnbevölkerung gegen Lärm recht detailscharf gelöst werden.

Fortsetzung Seite 9

INFORMATIONSDIENST UMWELTRECHT – KONTAKTE

IDUR-Büro
Niddastraße 74, 60329 Frankfurt
Tel. 069-25 24 77
Fax. 069-25 27 48
email: IDURev@aol.com,
www.idur.de

Immissionschutzrecht
Dorothee Keller
Tel. 061 51-78 35 70
Fax. 061 24-1 24 95, tagsüber

Abbau von Bodenschätzen, Abfallrecht
Dr. Britta Kolonko
Tel. 061 01-40 35 23,
Fax. 061 01-40 35 21,
email: uc.bk@t-online.de

Naturschutzrecht, Gentechnik, Immissionschutzrecht
Dirk Teßmer
Tel. 069-23 20 71
Fax. 069-23 20 90

Wasserrecht, Immissions- schutz, Umweltinformation
Dr. Thomas Ormond,
Spohrstraße 10
60318 Frankfurt
Tel. 069-55 79 15,
Fax. 069-59 79 15 88
ormond@vff.uni-frankfurt.de

Baurecht, Naturschutzrecht, Bürgerbegehren, Windkraft
Ulrike Wegner
Tel. 060 74-81 44 30,
Fax. 060 74-81 44 31, tagsüber
Abfall-, Bau- und Nachbarrecht
Bettina Schmidt
Tel. 069-23 20 71,
Fax. 069-23 20 90, tagsüber

Verkehrsplanung, Altlasten und Bodenschutz, Europarecht (UIG, UVP, Audit)
Felix Ekardt
Tel. 03 41-4 80 17 83,
Fax. 03 41-4 80 17 83, tagsüber

Verkehrsplanungen (insb. Stra- ßenbau, Umweltinformation)
Ursula Philipp-Geßlach
Tel. 060 26-99 45 87
Fax. 060 26-99 45 88, Di/Do

Eisenbahnplanung, Baurecht, Naturschutzrecht
Martin Stichel, Hauptstraße 33,
63589 Linsengericht-Eidengesäß
Fax. 060 51-97 91 42
Bitte nur schriftlich.

Fortsetzung von Seite 8

Das erfordert nicht nur planerische Kompetenz und Fingerspitzengefühl, sondern auch einen demokratischen Planungsprozeß. Eine Beteiligung der Bürger, der Städte und Gemeinden sowie der Landkreise ist aber in der Landesentwicklungsplanung nicht vorgesehen. Wie risikoreich eine solche Planung von oben herab ohne Partizipation der Betroffenen ist, deren Ergebnis politisch vorfestgelegt ist, belegt die erfreulich kritische Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zur Standortauswahl für einen Flughafen. Die Entscheidung ist ein Anstoß dahin, dass bei der Standortauswahl, der Prüfung von Alternativen und beim Lärm- sowie Ressourcenschutz auch für den Ausbau des Frankfurter Flughafens den längst auch den Gedanken der Nachhaltigkeit und gesunder Wohnverhältnisse widerspiegelnden raumordnungsrechtlichen Grundsätzen und Leitvorstellungen entscheidendes Gewicht zuzumessen ist. Dahinter muß der politische Wille der Landesregierung zurücktreten.

Das ist nicht ohne frühzeitige Mitwirkung der betroffenen Gebietskörperschaft und der Bürger realisierbar. Das ist in Hessen aber nicht vorgesehen. Auch die hessische Landesregierung will wohl erst in Niederlagen lernen, dass sie sich nicht der autoritären Planungsinstrumente des 19. Jahrhunderts bedienen kann, um im 21. Jahrhundert Akzeptanz für umweltbelastende Großprojekte zu fördern.

Matthias Möller-Meinecke (Bad Berka)

Studie belegt Zellschäden durch Handy-Strahlung

Eine überwiegend von der Europäischen Union finanzierte Studie belegt nach Angaben der Forscher erstmals im Labor Schäden und Veränderungen von Genen durch Handystrahlung. „Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, dass elektromagnetische Felder bei einer Reihe von Zellen Schädigungen bewirken“, sagte der Koordinator der Studie, Prof. Franz Adlkofer. „Mit anderen Worten: Elektromagnetische Felder sind genotoxisch.“ Was dies für den Menschen bedeute, sei noch offen.

Versuche im Reagenzglas seien nicht auf Lebewesen übertragbar, folglich sei kein Beweis erbracht, dass Handy-Strahlung für Menschen schädlich sei. Die Behauptung der Industrie, es seien keine Mechanismen der Schädigung durch elektromagnetische Felder bekannt, werde jedoch klar widerlegt. Adlkofer warnte vor Panik und mahnte weitere Forschung an.

Adlkofer ist Geschäftsführer der einst vom Verband der Cigarettenindustrie gegründeten Verum Stiftung in München, die sich der Erforschung von Auswirkungen von menschlichen Verhaltensweisen und der Umwelt auf die Gesundheit verschrieben hat. Zu der Reflex-Studie, die sich mit der Handy-Strahlung befasste, trugen zwölf Forscherteams aus sieben Nationen bei. Die Bezeichnung Reflex steht für „Risk Evaluation of Potential Environmental Hazards from Low Energy Electro-magnetic Field (EMF) Exposure Using Sensitive in vitro Methods“.

Die Studie, die im Jahr 2000 begann und im Mai 2004 abgeschlossen wurde, untersuchte Adlkofer zufolge elektromagnetische Felder, deren Intensität im Rahmen der gesetzlichen Grenzwerte lag. Getestet wurde die Auswirkung auf verschiedenen Zelltypen von Menschen und Ratten. Die Kosten des 3,1 Millionen Euro teuren, europaweiten Forschungsprojekts finanzierte die EU zu etwa zwei Dritteln.

Adlkofer räumte ein, dass die EU selbst eine Bestätigung der Forschungsergebnisse durch weitere Labore angemahnt hat. Adlkofer zufolge wurden – je nach Zelltyp und Dauer des elektromagnetischen Feldes – mitunter erhebliche DNA-Schäden festgestellt. Diese wurden häufig, aber keineswegs immer von der Zelle repariert. „Es blieben Schäden für die nachfolgenden Generationen übrig“, sagte der Projektleiter. Damit habe sich die Veränderung praktisch fortgepflanzt. Solche Prozesse könnten womöglich Ausgangspunkt für Krebserkrankungen sein. Derzeit werde in der Wissenschaft auch spekuliert, ob hierin eine Ursache für das Entstehen von Alzheimer liege.

„Uns geht es nicht darum, Aufregung zu verbreiten“, stellte Adlkofer klar. „Aber mit dieser Erkenntnis wage ich nicht mehr zu sagen, dass wir auf Vorsorgemaßnahmen verzichten können.“ Vorerst

dürfte es aber genügen, in unnötigen Fällen auf das Telefonieren mit Handys zu verzichten. Wer sicher gehen wolle, könne zudem eine Freisprech-Ausrüstung (Head-Set) benutzen.

Adlkofer mahnte weitere Forschung an und ergänzte, es werde auch unter guten Voraussetzungen sicherlich nochmals vier bis fünf Jahre dauern, bis ernsthafte Ergebnisse zu den Auswirkungen von Handy-Strahlung auf den Menschen vorhanden seien. Er selbst glaube nicht, dass das Risiko – falls vorhanden – groß sei, sagte er. Allerdings könne man nach den Reflex-Ergebnissen auch nicht gänzlich ausschließen, dass in zehn bis 15 Jahren Gehirntumore gehäuft aufträten. „Manche sprechen ja schon heute von einem großen Freilandexperiment, das derzeit läuft.“

DNR Redaktionsbüro

„Rohrlaken Steg“ verbindet jetzt das Jagdschloß Stern bei Potsdam mit der Parforceheide

Ein „Blaues Wunder“ ermöglicht seit kurzem den Wanderern und Besuchern des Jagdschloß Stern bei Potsdam wieder den Zugang zu dem dazugehörigen historischen Jagdgebiet Parforceheide. Eine Brücke eigens für Fußgänger und Radfahrer ist ja nicht alltäglich, war aber nötig geworden, als im Rahmen ihres sechsspürigen Ausbaus die A 115 mit der Nuthestraße durch ein „dreiblättriges Kleeblatt“ verknüpft wurde. Dabei verschwand der letzte Durchschlupf unter der Nuthestraße neben der Autobahn. Fünf der überlieferten elf historischen Sterngestelle waren zuvor durch Straßenbau unterbrochen worden, damit war alles dicht und das Jagdschloß durch Isolation von seinem Jagdgebiet beziehungslos und für Besucher unverständlich geworden. Ein Planfeststellungsbeschluss bestätigte die Forderung von Naturschutz und Bevölkerung nach einer Übergangsmöglichkeit und erteilte die Auflage zum Bau einer Brücke. Damit trug man dem in der Schutzverordnung zum Landschaftsschutzgebiet (LSG) Parforceheide formulierten Schutzzweck: ...„nachhaltige Sicherung der Erholungsfunktion des Gebietes im Einzugsbereich von Teltow sowie des Großraums Berlin einschließlich einer der Landschaft und Naturlandschaft angepassten Erschließung zum Zwecke der Landschaftsbezogenen Erholung“ Rechnung. Vorläufer des heutigen Landschaftsschutzgebietes Parforceheide war seit dem 1.9.1941 das Landschaftsschutzgebiet „Große und Kleine Rohrlake“, zu welchem bis zum Autobahnbau 1939 vom Jagdschloß ein direkter Weg, das Rohrlakengestell, führte. Heute kann man dieses noch über das „Klare-Pfuhl-Gestell“ erreichen, und kommt über den neuen Fußgängerübergang „Rohrlakensteg“ zum weiteren, die „Große Rohrlake“ querenden Verlauf des Rohrlakengestells. Der Vorstand der GRÜNEN LIGA konnte sich schon anlässlich einer kleinen Exkursion im April von der Attraktivität dieses Niedermoors überzeugen.

peter E R N S T

- Naturschutzbeauftragter Güterfelde -

Die neue Fußgänger- und Radfahrerbrücke verbindet jetzt das Wohngebiet Potsdam „Am Stern“ mit den Wanderwegen im Landschaftsschutzgebiet „Parforceheide“. Jahrelang war das historische Gestell, welches vom Jagdschloß Stern in die Parforceheide führt, durch die Autobahn A 115 zerschnitten.



Imkern Schritt für Schritt

Ein neues Buch für junge Imker und solche, die es werden wollen

Sich mit Honigbienen zu beschäftigen ist nicht nur ökologisch sinnvoll, es ist außerdem sehr abwechslungsreich und ermöglicht jedem, naturverbunden zu leben. Leider gibt es immer weniger Menschen, die Bienenhaltung als Hobby betreiben. Bei uns im Länderinstitut für Bienenkunde in Hohen Neuendorf werden etwa 300 Bienenvölker zu Forschungszwecken gehalten. Von April bis September bieten wir Führungen an. Dabei haben wir etwas Erstaunliches festgestellt: Am häufigsten kommen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Viele Schüler haben bei uns ein Praktikum in der Imkerei oder im Honiglabor gemacht und sind seitdem von Bienen gefesselt. Ein Leben ohne Honigbienen kann sich keiner von ihnen mehr vorstellen. "Was gefällt euch an Bienen?", haben wir gefragt. Hier sind einige Antworten:

"Jedes Bienenvolk ist anders. Man lernt jeden Tag etwas Neues hinzu, und trotzdem gibt es noch viele offene Fragen und Geheimnisse."

"Ich bin jetzt oft draußen in der Natur und habe sehr viele Dinge gelernt, die ich vorher nicht wusste. Ich finde die gut organisierte Arbeitsteilung im Bienenvolk sehr beeindruckend, da könnten die Menschen sich viel abschauen."

"Am meisten Spaß macht das Wandern mit Bienen. Das ist eine Mischung aus Arbeit, Abenteuer und Urlaub, wenn man mit mehreren Leuten fährt. Oft finden wir gute Standorte für Bienen und Menschen. Im Sommer kann man im Wohnwagen oder im Zelt übernachten, Lagerfeuer anzünden, in schönen Seen baden und drei bis vier später köstlichen Honig ernten."

"Es gibt viele Bienenvölker, die sehr sanftmütig sind. Man wird zwar ab und an gestochen, aber dann liegt es oft am Wetter oder daran, dass man sich selbst ungeschickt verhalten hat. Mir tut ein Bienenstich nicht mehr richtig weh, meist juckt es nur noch ein bißchen."

„Durch die Arbeit an den Bienen vergisst man die Zeit. Ich habe eine richtige Leidenschaft für Bienen entwickelt und würde gerne bis ans Ende meines Lebens etwas mit Bienen zu tun haben.“

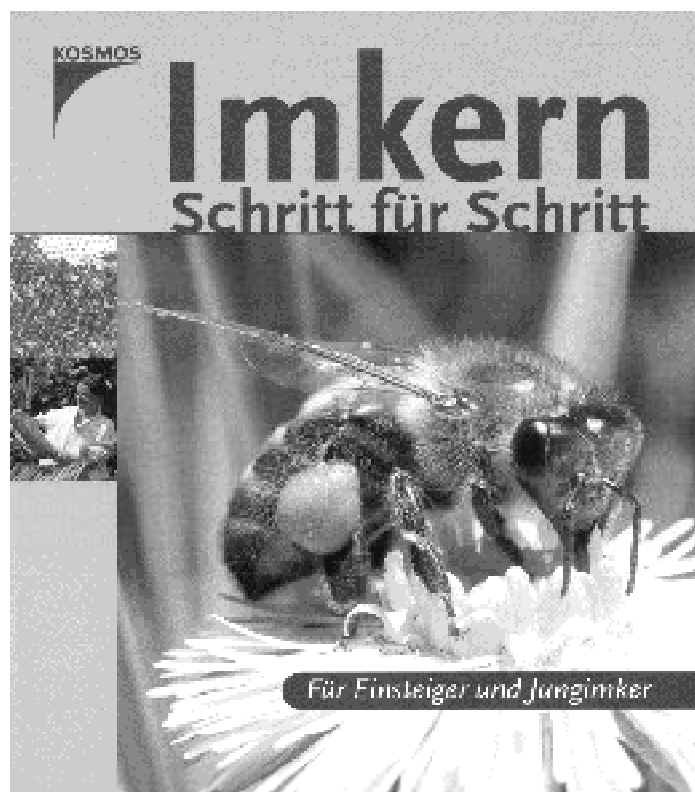
"Ich habe beobachtet, dass es in unserem Garten sehr wenige Bienen gibt, die Pflanzen bestäuben. Das fand ich sehr schade. Da ich gerne aktiv etwas für Natur- und Umweltschutz tun wollte, habe ich meine Eltern dazu überredet, in unserem Garten ein

Bienenhaus aufzustellen. Ich erledige die Arbeit und meine Eltern freuen sich am Summen der Bienenvölker."

Die Antworten machen es deutlich: Bienen sind weder langweilig noch gefährlich. Im Gegenteil, sie gehören zu den faszinierendsten Bewohnern dieser Erde. Wir möchten Sie mit diesem Buch für Bienen begeistern und Sie mit vielen praktischen Tipps bei der Bienenhaltung unterstützen.

Professor Dr. Kaspar Bienefeld

Das Buch ist im Franckh-Kosmos Verlag in diesem Jahr in erster Auflage erschienen, die ISBN Nummer ist 3-440-09751-X. Es kann telefonisch unter 0711-2191-0, per Fax unter 0711-2191-422 oder über email info@kosmos.de bestellt werden.



MADIA - Eine-Welt-Laden & Vegetarische Küche lädt ein zu vegetarischen und veganen Köstlichkeiten

Genießen Sie leckere Speisen zu moderaten Preisen in einem schönen Eine-Welt-Laden. Hier gibt es fair gehandelte und/oder Bioprodukte wie Tee, Kaffee, Schokolade, Spielzeug, Schreib- und Korbwaren sowie viele schöne Geschenk-Ideen. Wir arbeiten mit verschiedenen Organisationen des fairen Handels, wie Gepa 3, Ökotopia und El Puente, zusammen.

Wir haben einen Innenhof zum Sitzen und Spielen. Unser Gastraum ist groß genug für kleinere Veranstaltungen verschiedenster Art, zu denen wir auch eine genussreiche Verpflegung anbieten können. Wenn Sie für Tagungen/Seminare usw. eine vegetarische/vegane Verpflegung brauchen, sprechen Sie uns bitte an! Wir freuen uns über Ihren Besuch! – Babywickeltisch ist vorhanden, Hunde willkommen!

Unseren Eine-Welt-Laden MADIA e.V. und das dazugehörige Café mit vegetarischen Speisen gibt es seit 1991 in Potsdam. Wir sind im März 2002 in die Lindenstraße 47 umgezogen (früher Lindenstraße 53) und haben mit viel Mut, Lust und Freude den neuen Laden eröffnet.

MADIA ist als ehrenamtliches und selbstorganisiertes Projekt in der Innenstadt Potsdam etwas Besonderes und Einzigartiges geworden. Hier kann man nicht nur seinen Mittagshunger, Tee- oder Kaffeedurst stillen oder fair gehandelte Waren erwerben, plaudern und im grünen Innenhof die Sonne genießen.

MADIA bietet Platz für viele, die nicht genug Freiraum in Potsdam gefunden haben. Um dieses ungewöhnliche Projekt weiterleben zu lassen und um neue Impulse und Idee für eine Weiterentwicklung zu erhalten, suchen wir engagierte Leute, die Lust haben, ehrenamtlich mitzumachen und/oder sich vorstellen können, im Bereich des Arbeitskreises 2/3 Welt aktiv zu werden. Nach 14 Jahren braucht MADIA wieder frischen Wind durch neue Leute, die sehr willkommen sind.

MADIA e.V.
Lindenstraße 47
14467 Potsdam
Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 11.00 Uhr – 17.00 Uhr

Weitere Potsdamer Welt-Läden:

SOLIDARIO, Karl-Liebknecht-Straße 23
(Evang. Kirchengemeinde Babelsberg) Telefon 0331-7046807
Aktionsladen Eine Welt, Am Bassinplatz Gutenbergstraße 77
Tel. 0331-291219
MANOLITO, Anni-von-Gottberg-Str. 14 (Kirchsteigfeld)
Tel. 0331-6261505
OXFAM SHOP, Friedrich-Ebert-Straße 11
Tel. 0331-2015390

Gerhard Semper zum 65. Geburtstag

Gerhard Semper kam zusammen mit seiner Frau Gudrun im Jahr 1970 nach Oranienburg-Eden, gerade zu einer Zeit, als die DDR-Behörden die EDEN-Genossenschaft zwingen, den Bereich Obstverwertung an den Staat zu verkaufen. Die im Mai 1893 gegründete Öko-Siedlung und die Genossenschaft bestanden aber weiter und Gerhard wurde hier heimisch. Unter der künstlerischen Leitung von Ingrid Schafenschwerdt begann Gerhard seine schauspielerische Tätigkeit für die "Edener Heimatbühne" (EHB), bei der er bis heute bei 30 Inszenierungen in 17 Stücken mitwirkte. So verwundert es auch nicht, dass es auf Wunsch des Jubilars an seinem Geburtstag am 12. Juni eine Sondervorstellung gab. Im Jahr 1993 wurden die Pläne für den Neubau der B 96 unmittelbar an der westlichen Grenze der Edensiedlung bekannt, der ökologische Charakter der Siedlung und der Ökolandbau der Genossenschaft schienen bedroht und Gerhard Semper übernahm daher die Leitung der AG "Umgehungsstraße B 96" innerhalb der Genossenschaft. In den folgenden Jahren, bis hin zum ersten Spatenstich im Jahr 2000, kämpfte die AG mit zahllosen Aktionen gegen die Zerstörung des Muhretals durch das überdimensionierte Verkehrsprojekt. Höhepunkte waren sicher die Demo der Edener zum Stadtschloss Oranienburg 1996 und die Vor-Ort-TV-Sendung 1997. Wiedereinmal versprach Manfred Stolpe den Edenern Hilfe, eine Troglösung sollte die Straße – zumindest optisch und akustisch – verschwinden lassen. Es half nichts, die Straße wurde gebaut und die Siedlung kämpfte mit einer selbst gepflanzten "Grünen Wand" dagegen an. Im Juni 1997 wurde Gerhard für zwei Jahre in den Aufsichtsrat der Genossenschaft gewählt. Zwei Jahre später wechselte er in den Vorstand. Eine Hauptaufgabe seiner neuen Funktionen sah Gerhard darin, die bewährten Grundsätze der Genossenschaft mit neuem Leben zu erfüllen. Daher arbeitete Gerhard auch aktiv in der Arbeitsgruppe "Siedlungsstruktur" mit. Erstmals wurden alle 400 Grundstücke besichtigt und die Hauseigentümer beraten, was aus Sicht der Genossenschaft geändert werden musste.

Im Februar 1998 übernahm Gerhard Semper die Geschäftsführung der Genossenschaft. Seit dem 15. November 1999 ist die EDEN-Genossenschaft Mitglied in der GRÜNEN LIGA.

Zu Erfolgen wurde die Realisierung des wunderschönen, aus Lehm errichteten Kindergartenneubaus, der am 21. September 2001 eröffnet werden konnte. Ebenso waren die Errichtung des Seniorenwohnheims am Baltzerweg, das "Grüne" Edener Steakhaus, das Ärztehaus, der Bau der Hackschnitzelheizung und der Umbau der Mostereiräume große Bereicherungen der Eden-Siedlung. Aber es gab natürlich auch Rückschläge in der Arbeit. Eine dezentrale ökologische Abwasserlösung für Eden konnte nach dem Mehrheitsvotum der Mitglieder für den Anschluss an das städtische Abwassernetz nicht realisiert werden. Die Grundstücks-

Ärztehaus in Oranienburg-Eden



Gerhard Semper am Rednerpult anlässlich einer Edener-Generalversammlung

enteignungen durch DDR-Behörden wurden gerichtlich für "Recht" erklärt, womit erhebliche Probleme für die Arbeit der Genossenschaft verbunden sind. Leider konnte auch der Schulstandort in Eden nicht erhalten werden. Im Jahr 2000 erhielt Gerhard Semper für seine Verdienste die Goldene Ehrennadel der Eden-Genossenschaft.

Im November dieses Jahres wird nun Gerhard Semper in den verdienten (Un?) Ruhestand eintreten und das ist eine Vorstellung an die man sich erst gewöhnen muss. Kaum jemand hat die Edener Idee so lebendig werden lassen wie Gerhard Semper und es gibt doch noch soviel zu tun. Die alte Schule soll endlich zu einer dringend benötigten Pension umgebaut werden. Der Vorstand der GRÜNEN LIGA Brandenburg wünscht Dir, lieber Gerhard, alles Gute und natürlich vor allem Gesundheit und weiterhin viel Schaffenskraft für Dein Engagement für die Eden-Genossenschaft, der FREIen HEIDE, in der Stadtverordnetenversammlung Oranienburg und natürlich in der EHB.

Norbert Wilke

Gerhard Semper als Schauspieler der EHB



Mehr Unabhängigkeit von Öl und Gas - Heizen mit der kostenlosen Kraft der Sonne

Familie Rohde in Birkenwerder (Landkreis Oberhavel) kann dem Anstieg des Öl- und Gaspreises mit Gelassenheit zuschauen: In ihrem neuen Haus ist sie völlig unabhängig von diesen Rohstoffen. Und das Treiben auf dem Weltmarkt gibt ihr täglich recht. Als sich die Familie entschloss neu zu bauen, stand fest: Das Haus soll eine nachhaltige und ökologische Energieversorgung bekommen. Michael Rohde schaute sich um, was es an Angeboten gab: Solarkollektoren auf dem Dach, Solarkollektoren im Dach, Wärmepumpen, Holzheizungen, Pelletkessel für die Presslinge aus unbehandelten Sägespänen, Sägemehl oder Waldrestholz hergestellt, wassergeführte Holzkamine aus der einstigen Nische der erneuerbaren Energien ist ein lebhafter Markt geworden. Da tut Überblick not. Familie Rohde fand schließlich ein Angebot, das mehrere Vorteile für sie vereinte: 43 m² Sonnenkollektoren ins Dach integriert, die statt der Ziegel das Dach decken und Dank der staatlichen Förderung nicht teurer als ein guter Dachbelag und ohne großen Aufwand schnell zu montieren sind. Die Sonnenkollektoren in der Produktionsstätte im sächsischen Augustusburg genau nach dem Maß des Daches gefertigt wurden direkt und ohne Zwischenhandel auf die Baustelle geliefert. Ein Konzept, das mit einer großen Solardachfläche auch an grauen Tagen zu einer schönen "Sonnenernte" führt. Eine Holzpelletkessel liefert die Zusatzwärme für die Wintermonate (ebenfalls gefördert vom Staat), ein wassergeführten Holzkamin speist bei einem lauschigen Abend vor dem Kamin ebenfalls Wärme in den Wasserteich. Dazu arbeitet eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung. Eine umfassende Beratung und eine Firma, die sich um alles kümmert gibt es dazu. Alles aus einer Hand also. "Ich bin vor einiger Zeit auf die Kollektoren von BUSO aufmerksam geworden wegen des guten Preis-Leistungsverhältnisses und wegen der einfachen Holzrahmenkonstruktion. Die Planung, Auslegung und der Einbau der Anlage mit all ihren Komponenten wurde komplett von Golombowsky Solartechnik, dem BUSO-Regionalvertreter in Berlin-Brandenburg übernommen." Rohde ist mit seiner Anlage rundum zufrieden. "Ich habe eine sehr gute Fachberatung bekommen. Die ging in Detailfragen sogar noch weiter, als ich gedacht hatte. Die Anlage wurde ganz speziell auf unsere Wünsche zugeschnitten." Sonnendach, Pelletkessel, Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung und wassergeführter Kamin werden mit einer eigenen Software zentral geregelt. Diese Software ist ein Ergebnis der besonderen Kooperation bei BUSO, dem Bund Solardach eG. BUSO Bund Solardach ist eine Genossenschaft, die für den engen Kontakt von Produktion und Solarfachmann vor Ort sorgt. Familie Rohde ist zufrieden, nur einen Ansprechpartner für ihr komplettes Heizsystem zu haben: Unkompliziert, kompetent und schnell, dazu der termingerechte Einbau der kompletten Anlage, so lautet Rohdes Urteil über seinen Weg zu mehr Unabhängigkeit von Öl und Gas.

Dipl.- Ing. Birger Prüter

Mehr Informationen: www.buso.de

5. Ökologische Konferenz der PDS in Müncheberg

Am Samstag dem 3. September findet in den Räumen des ZALF (Institut für Landnutzungssysteme und Landschaftsökologie) in Müncheberg, Eberswalder Straße 84, die fünfte Ökologische Konferenz der AG Ökologie der Brandenburger PDS statt. Beginn ist um 10.00 Uhr. Erwartet werden der Umweltminister Mecklenburg-Vorpommerns, Professor Wolfgang Methling, und die langjährige umweltpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion, Dagmar Enkelmann.

Mit weiteren renommierten Wissenschaftlern soll auf der Konferenz das Thema "Umwelt und Soziales – ökologische Nachhaltigkeit und ihre lokale Dimension" erörtert werden.

1990 gründeten Umwelbewegte ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und



Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein:

Visionen haben

Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fördern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen.

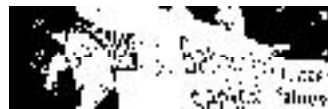
Innhalb dieses Netzwerks wahren diese



Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin Landesverbänden zusammengeschlossen.

Netzwerk knüpfen

Handeln anregen



Man kann Probleme nicht wegdreden: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner

Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit gleichgesinnten Menschen, Initiativen und Vereinen.

Gäa-Abokisten-Seminar

Am 3. August 2005 findet um 13.00 Uhr auf dem Hof der Bäuerinnen GbR in Buchholz bei Fürstenwalde das Abokisten-Seminar der Gäa statt. Referentin ist Sandra Glöckler von der Fa. MTS die das Abokistenprogramm LIESE vorstellen wird. Für einen ausführlichen Austausch zu Vermarktung, Preisen und Werbung bei Abo-Kisten ist Zeit. Interessenten sind herzlich eingeladen.

Am 21. August 2005 findet das Hoffest auf dem Gut Ogrosen statt.

Impressum

Herausgeber und Verleger:
GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
Tel. 03 31 - 2015520
Fax. 03 31 - 2015522
email: potsdam@grueneliga.de
intemet: www.grueneliga.de
Redaktion: Norbert Wilke,
Christine Titte, Daniela Oehmke
Hinweis der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Artikel liegen nicht in der Verantwortung der Redaktion!

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Preis: 1,00 Euro – bei Mitgliedern im Beitrag enthalten
Auflage: 1.000 Exemplare
Bankverbindungen:
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutzfonds: 1000 55 000
Spendenkonto: 2000 55 000
VR-Bank Lausitz, BLZ: 180 626 78

Die nächste Ausgabe des Liga Libell erscheint im September!

Redaktionsschluss ist der 30. 08. 2005